



## Debatte um Rente ab 63 verhöhnt die Betroffenen

Pressemitteilung von Matthias W. Birkwald, 07. April 2014

**"Die Rente ab 63 ist billig im Vergleich zur sogenannten Mütterrente, sie gilt nur für wenige Jahrgänge, und sie grenzt Hartz-IV-Beziehende unzumutbar aus. Die Forderungen aus der Union, gar keine Zeiten der Arbeitslosigkeit anzurechnen, sind deshalb ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen", erklärt Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. Birkwald weiter:**

"Es ist nur noch beschämend, Beschäftigten mit Phasen der Arbeitslosigkeit nach einem langen Berufsleben den Zugang zur Rente ab 63 bzw. 65 Jahren zu verwehren. Was unterscheidet die Lebensleistung eines Menschen, der viermal ein Jahr arbeitslos war, von der Lebensleistung eines Menschen, der einmal im Leben vier Jahre arbeitslos war? Gerade am Ende des Arbeitslebens ist doch die Gefahr, nach einer Entlassung nicht wieder eingestellt zu werden, hoch.

Gleichzeitig werden in den nächsten Jahren bis zu 75.000 ältere Hartz-IV-Beziehende von der Arbeitsagentur in die Zwangsverrentung geschickt. Deshalb geht die Debatte um eine drohende Welle von Frühverrentungen völlig an der Realität vorbei. Arbeitgeber und die Bundesregierung haben versagt, wenn im Alter von 64 nur noch 11,4 Prozent sozialversicherungspflichtig und in Vollzeit arbeiten (2013). In der Altersgruppe von 60 bis 64 Jahren ist auch die Arbeitslosigkeit von 5,3 Prozent (2009) auf 8,4 Prozent (2013) stark angestiegen. Fast die Hälfte dieser 216.000 arbeitslosen Älteren ist langzeitarbeitslos. Diese Menschen dürfen nicht doppelt bestraft werden. Deshalb fordert DIE LINKE, alle Zeiten der Arbeitslosigkeit anzuerkennen."